



**Gedenkveranstaltung zum Nationalfeiertag
in Klagenfurt-Annabichl am 26.10.2023**

**Spominska prireditev na drzavni praznik
v Celovcu / Trnji vasi**

Österreichischer Nationalfeiertag

26. Oktober 2023

Die diesjährige Gedenkfeier anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages beim Denkmal für die Opfer für ein freies Österreich am Friedhof Klagenfurt-Annabichl ist auch der Erinnerung an die Moskauer Deklaration gewidmet. Vor 80 Jahren bei der Konferenz der Alliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion Ende Oktober/Anfang November 1943 in Moskau angenommen, war und ist sie auch für das Nachkriegsschicksal Österreichs zukunftsweisend. So wird zwar der Anschluss an Nazi-Deutschland im Jahre 1938 für obsolet und Österreich zum ersten Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik erklärt, woraus der sogenannte »Opfermythos«, von vielen als »Lebenslüge der 2. Republik« bezeichnet, seine Berechtigung schöpfte, gleichzeitig aber wird Österreich daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme, wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.

Österreich hat sich spätestens seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages von Wien am 15. Mai 1955 als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression verstanden und stilisiert, aber gleichzeitig die Wahrheit unter den Teppich gekehrt, dass unzählige Österreicher und Österreicherinnen frenetisch und lauthals den Anschluss an Hitlerdeutschland bejubelten. Ebenso ist vielen nicht bekannt, dass Österreich bei den

Staatsvertragsverhandlungen immer wieder den militärischen und zivilen Widerstand bzw. Partisanenkampf der Kärntner Slowenen als herausragendsten und wesentlichen Beitrag zur Selbstbefreiung angeführt und erwähnt hat. Es ist der historischen Wahrheit geschuldet, dass der Kärntner-slowenische Widerstand der einzige militärisch, politisch und gesellschaftlich relevante Widerstand gegen das NS-Regime auf österreichischem Boden war. Das belegen Partisanengräber, eine horrende Opferzahl sowohl im militärischen als auch zivilen Bereich, Enthauptete, Vertriebene und in KZ deportierte Kärntner Sloweninnen und Slowenen. Wir zollen höchsten Respekt und Würdigung allen anderen Widerstandsformen und Bewegungen zur Befreiung Österreichs vom Nazismus. Erst die Affäre Waldheim im Jahre 1986 zerbröselte diesen Kommoditätskokon der historischen Lüge vom ersten Opfer und im Juni 1991 erkannte der damalige Bundeskanzler und heutige Festredner Dr. Franz Vranitzky als erster offizieller Vertreter Österreichs in seiner berühmten Parlamentsrede die Mitschuld und Teilnahme österreichischer Bürger an den NS-Verbrechen an, entschuldigte sich dafür und übernahm auch die moralische Verantwortung für die Untaten.

Im Juni 1993 bat er in seiner Rede an der Hebräischen Universität in Jerusalem die Opfer und ihre Nachfahren um Vergebung für das erlittene Unrecht und Unheil. Er führte aus, dass es Leute gab, die trotz Gefahr für ihr leibliches Wohl so mutig waren, sich dem Wahnsinn entgegenzusetzen oder versuchten, den Opfern zu helfen. Und es gab viele, die sich der NS- Maschinerie anschlossen, Karriere

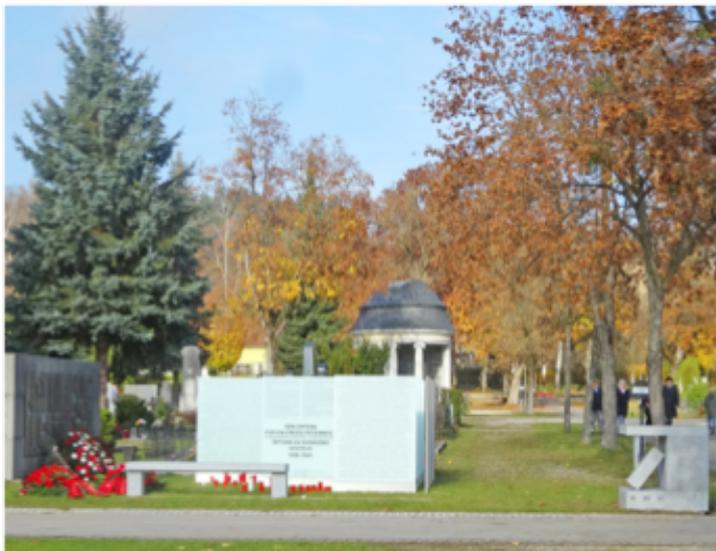
machten und auch zu den brutalsten und scheußlichsten Untätern wurden.

Dr. Vranitzky betonte klar, dass wir die Geschichte nicht leugnen, sondern sie als Ganzes annehmen, mit ihr leben und auch die kollektive Verantwortung annehmen sollen.

Die diesjährige Gedenkveranstaltung anlässlich des Nationalfeiertages widmete Memorial Kärnten-Koroška, die Plattform gegen das Wiedererstarken von Rassismus, Nationalsozialismus und Antisemitismus, bewusst dem Erinnern an die Moskauer Deklaration. Sie ist nicht nur deklarativ, sondern ein Grundstein Österreichs, der Zweiten Republik. Sie erklärt den Anschluss an Deutschland für null und nichtig, sie ist aber auch das Maß unseres Handelns gegen alle Formen von Rassismus, Fremdenhass, Nationalsozialismus und Antisemitismus und wie wir angesichts dieser Herausforderungen die Demokratie, Menschenrechte, Minderheiten- und Grundrechte erhalten und ausbauen wollen. (a.f.w.)



Das Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich in Klagenfurt-Annabichl wurde bereits 1965 errichtet, 2003 durch ein Temporäres Mahnmal mit 1000 Opfernamen ergänzt und 2017 vollständig überarbeitet. Die Präsenz von Bundeskanzler a.D. Dr. Franz Vranitzky ist auch ein sichtbares Zeichen für den menschenrechtlichen Stellenwert dieser Kärntner Initiative. Vor ihm haben hier etliche Persönlichkeiten gesprochen, unter ihnen der Kärntner slowenische Dichter Janko Messner (oben, 2005).



MKK Memorial Kärnten – Koroška

Plattform gegen das Wiederaufleben von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus / Platforma proti oživiljanju fašizma, rasizma in antisemitizma

EINLADUNG
VABILO

26. 10. 2023, 10:00
Gedenkveranstaltung
zum Nationalfeiertag
in Klagenfurt – Annabichl
Spominska prireditev
na državni praznik
v Celovcu – Trnja vasi

Dr. Franz Vranitzky

**Zum österreichischen Nationalfeiertag am
26. Oktober 2023 in Annabichl**

Der 26. Oktober 1955, dessen wir alljährlich in der Form unseres Nationalfeiertages gedenken, beendete – wie Historiker oft sagen – das für uns Österreicher, aber auch für die ganze Welt, katastrophale 20. Jahrhundert. Und – um bei diesem Bild zu bleiben – eröffnete das 20. Jahrhundert.

Dieser Jahreswendepunkt mitten im Jahr kam nicht leichtfüßig daher, mit heiterem Lied als Untermalung. Vielmehr hatte das Land, hatten die hier wohnenden Menschen Feuerwerke an Unheil und Verderben in gigantischer Dimension hinter sich. Vorher Wirtschaftszusammenbruch, Demokratiezerstörung, politische Justiz. Im Anschluss militärische und autoritäre Usurpation, Löschung von der Landkarte, Staatsterrorismus, willkürliche Strafverfolgung, Rassismus, Antisemitismus, Vertreibung, Folter, Mord. Keine dieser Aufzählungen erhebt Anspruch auf Vollständigkeit.

Im Frühjahr 1945 ging der mörderische 2. Weltkrieg zu Ende. Ich erinnere mich selber als achtjähriges Kind eine außerordentlich vielschichtige Zeit erlebt zu haben. Dazu gehörten natürlich das Ausbleiben des fast täglichen Bombenhagels, der bedrückenden Nachrichten über im Kriegsgeschehen um Leben gekommenen bekannten und geschätzten Menschen, der in Wien großflächig in Schutt und Asche gelegten Wohn-, Berufs- und Schulgebäude.

Es waren die ersten Schritte einer Gesellschaft, die hauptsächlich von überstandenen Tragödien und Friedenserleben getragen war. Es waren aber auch die ersten Schritte in einer Welt, die etwa im heutigen Sinn noch gar nicht funktionieren konnte, so sehr fehlte es an allem, zu sehr litten die Menschen an den Wunden, die ihnen Krieg und Staatsterror zugefügt hatten. Spreche ich von Gesellschaft, dann müssen in erster Linie die Frauen und die Kinder gemeint sein. Männer waren in großer Zahl noch nicht heimgekehrt oder hatten überhaupt ihr Leben schon dort draußen lassen müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe Sie eingeladen, mir für diese kurze Rückblende zum Ende des 2. Weltkriegs Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, weil ich es am Nationalfeiertag für angebracht halte, die allumfassend großartige Anstrengung der Österreicherinnen und Österreicher einmal mehr zu würdigen, ihren Staat nach seiner Auslöschung sozial und wirtschaftlich und im Respekt vor seinem grenzenlosen Kulturpotential wieder aufzubauen. Dass dazu auch von außen geholfen wurde – ich erwähne den Marshallplan der USA – sei dankend vermerkt.

Heute – 68 Jahre nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags von Wien – zählt Österreich zu den sozial und ökonomisch am besten fundierten Staaten der Welt. Unsere Mitgliedschaft in den relevanten Institutionen der Welt ist lückenlos. Wien ist überdies mit New York, Genf, Nairobi die vierte Amtsstadt der Vereinten Nationen. Im Jahr 1945 unterlag die deutsche Wehrmacht den Truppen der Alliierten. Für Österreich bedeutete das

auch die gesamte Bandbreite von der Befreiung von der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft bis zur Wiedererrichtung unserer Republik. Unser Land musste sich aber der militärischen Besetzung durch Einheiten der vier Alliierten abfinden. Die österreichische Bundesregierung verhandelte lange Zeit, genau bis in die Frühjahrsmonate des Jahres 1955 mit den Vertretern der Sowjetunion über den Truppenabzug aus Österreich. Endlich gelang der Durchbruch, der Staatsvertrag wurde am 15. Mai in Wien von den Außenministern der Alliierten und Österreichs unterzeichnet.

Nicht im Staatsvertrag enthalten ist die österreichische Neutralität. Sie ist Inhalt des diesbezüglichen Gesetzes im Verfassungsrang. Das Parlament beschloss das Gesetz am 26. Oktober 1955 und erklärte den Beschlusstag zum österreichischen Nationalfeiertag. Im Wesentlichen ist die Republik nach den Bestimmungen des Neutralitätsgesetzes verpflichtet, an Kriegen, die andere Staaten gegeneinander führen, nicht teilzunehmen, Militärbündnissen nicht beizutreten und die Anwesenheit militärischer Formationen von Drittstaaten auf unserem Staatsgebiet nicht zuzulassen. Unabhängig davon stand und steht Österreich über die Jahre für die Erbringung militärischer Einsätze in verschiedenen Teilen der Welt zur Verfügung, namentlich wenn friedensichernde, friedenserhaltende und ausbildnerische Unterstützung gefragt sind. Man stützte sich in den jeweiligen Fällen auf Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Friedenserhaltung gehört auch zum Absichtskatalog der Partnerschaft für den Frieden im Rahmen der NATO, der sich Österreich anschloss.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine löste eine ernst zu nehmende Debatte darüber aus, ob die bisher praktizierte Auslegung des Neutralitätsbegriffs ausreiche Österreich vor einem militärischen Angriff zu schützen. Kritische Stimmen gehen soweit, die Beibehaltung der Neutralität in der bisherigen Form als Sicherheitsrisiko zu bezeichnen. Andere

Meinungen gehen davon aus, dass es nur die im EU-Vertrag festgelegte Beistandspflicht, die uns ebenso hilft wie verpflichtet, ermöglicht, uns bei Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der Neutralität wirksam zu schützen. Auch dafür wird ein diesbezüglicher Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für erforderlich gehalten. Diese Denkvariante entspricht auch der Mehrheitsmeinung der österreichischen Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, der Nationalfeiertag 2023 fällt in eine Zeit, die schon seit Längerem durch Beschreibungen wie Zeitenwende, Systembruch, Paradigmenwechsel und ähnliches geprägt wird. Auslöser dieser im Großen und Ganzen alarmierenden Feststellungen waren (und sind) vielfältig. Jedenfalls dazu gehörend:

Die markanten Veränderungen des Weltklimas; die Covid-19-Pandemie mit ihrer abrupten und weltumspannenden Ausbreitung; der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit empfindlichen Auswirkungen auf die unmittelbare und

mittelbare europäische Nachbarschaft. Denken Sie an die rasanten Anstiege der Preise für Energieträger, denken Sie an die Rückwirkungen der gegen Russland international verhängten Sanktionen auf eigenes Wirtschaftsleben; erinnern wir uns an die Behinderung, wenn nicht Unterbrechung der Lieferströme von industriellen Gütern zwischen den großen Wirtschaftsräumen der Welt. Die Liste der Beeinträchtigungen ließe sich fortsetzen.

Erinnern wir uns aber auch der verschiedenen notwendigen Veranlassungen der Gesundheitsbehörden in unsere persönlichen Lebensabläufe. Maßnahmen in großer Bandbreite waren erforderlich: (teils lebensrettende) Krankenhausaufenthalte, Medikamentenverabreichung, Impfvorgänge, Testanordnungen, Arbeitszeitregelungen, und viele andere empfohlene bis hin zu angeordneten Vorkehrungen wie etwa Schulschließungen.

Fasst man die Gesamtheit der Veränderungen zusammen, mit denen wir Bürger innerhalb einiger weniger Jahre konfrontiert wurden (und immer noch konfrontiert sind), so wird man die vorher erwähnten Etikettierungen - Zeitwende, Systembruch etc. - schon verstehen und wohl auch zur Kenntnis nehmen.

Führen die Auswirkungen einer weltweit grassierenden Infektionsseuche zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen, so sehen wir als Folge des Klimawandels anders gelagerte Entwicklungen. Anders gelagert, aber keinesfalls von geringerer Dimension für die Menschen und für die Zivilisation, die sie über Generationen aufgebaut haben.

Allen der bisherige Verlauf des Jahre 2023 leg überdurchschnittlich gravierendes

Zeugnis dafür ab. Zu viel an Hitze, Stürme in nicht annähernd zu beherrschender Stärke, zu viel an Wasser, zu wenig an Wasser, Dürre, Ernteausfälle, u. v. a. m. Dass Hunderttausende ja Millionen Menschen in den verschiedenen Breiten der Welt auf verschiedene Art und Weise unter diesen oft katastrophalen Geschehnissen in höchstem Grad zu leiden haben, ist eine fürchterliche Tatsache. Ich muss sie hier nicht weiter beschreiben.

In vielen Fällen – und das in den verschiedensten Ländern – ist längst Kritik der Bürger an ihren politischen Entscheidungsträgern, sind regelmäßiges Demonstrieren in der Öffentlichkeit zum Alltagsbild geworden. Damit muss die Politik fertig werden. Eine neue Dimension in den öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen haben allerdings jene Politiker und Agitatoren gebracht, die der Realität der Rücken kehren, Wissenschaftsfeindlichkeit ausleben und mit absurden Verschwörungstheorien hausieren gehen. Der in den USA geborene absurde Begriff »alternative Fakten« vereint alle diese Geister.

Meine Damen und Herren! An unserem Nationalfeiertag ist es wohl auch geboten, einen Blick auf die sozial- und wirtschaftspolitische Perspektive unseres Kontinents Europa zu werfen. Die Grundidee unseres vereinten Europa ist und bleibt es, zusätzlich zur nie versiegenden Aufgabe der Friedenserhaltung, soziale Wohlfahrt und hohen Lebensstandard sicher zu stellen. Da der Wettbewerb auf diesen Gebieten im Konzert der Großmächte der Welt (USA, Indien, China, Russland als größte) für die kleinräumigen europäischen Staaten als Einzelkämpfer nicht zu gewinnen ist, liegt die Einigung, liegt der

Zusammenschluss auf der Hand. Das ist im Grundsatz längst ausdiskutiert und von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union völkerrechtlich so übernommen. Die immer wieder bestätigte »Einheit in der Vielfalt« bewahrt uns vor dem Einheitsbrei.

In einer Zeitspanne von ca. zehn Jahren halten es führende Politiker in einigen Mitgliedsländern für richtig, von der solidarischen Grundidee des Einigungswertes abzugehen und die Rückkehr zu nationalstaatlichen Politikpraktiken zu forcieren. Man stößt dabei etwa auf Einschränkungen höchstrichterlicher Unabhängigkeiten, maßgebliche Beschneidung von Frauenrechten, Reduzieren von Pressefreiheit. Aber auch auf unverblümete Bevorzugungen der eigenen Partei im Wahlrecht.

Der Weg ist durchschaubar. Zunächst verschafft man sich durch zweifelhafte Methoden in Wahlkämpfen (nützliche Zahlungen, Vetternwirtschaft als Beispiele) parlamentarische Mehrheiten. Danach setzt man parlamentarische und demokratische Fairness außer Kraft. Unter Berufung auf die parlamentarische Mehrheit, die man wie vorher beschrieben auf zweifelhaftem Weg erworben hat. Eine besondere Facette des Verlassens gemeinsamen Handelns ist eine sichtbare tolerante Einstellung gegenüber dem Aggressor Putin. In der Tendenz und konkret sind nationalstaatliche und anti-EU-orientierte Stimmen auch in Österreich vernehmbar, wenn auch nur bei einer Parlamentspartei. Von Bürgern, die laut Meinungsbefragungen für diese politische Richtung Sympathie haben, kann man als Erklärung dafür hören, man sei u. a. der Streitereien der »Systemparteien« (ein

historisch belasteter Ausdruck, weil seinerzeit von den NAZI so verwendet) müde und würde sich daher anders orientieren wollen.

Es ist nicht meine Angelegenheit, über Inhalt und Ton dieser politischen Auseinandersetzung zu urteilen. Ein Zitat aus der Feder des ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt finde ich trotzdem passend. Schmidt schrieb: »Eine Demokratie, die nicht streite, ist keine.« Er fügte aber hinzu, der Streit sei sinnlos und daher überflüssig, sofern nach seiner Beilegung nicht Lösungen vorlägen, mittels welcher die Streitparteien dann gemeinsam Probleme beseitigen.

Aus österreichischer Sicht ist dem noch hinzuzufügen: Um kein Problem zu lösen, bedarf es gar keines Streits. Es scheint manchen schon zu genügen, durch flapsige Verunglimpfung eines politischen Andersdenkenden Lösungskompetenz zu simulieren. Wenn diese Leute das »System« angreifen, meinen sie in Wirklichkeit die parlamentarische liberale Demokratie. Ob wir sie als Rechtspopulisten, Nationalkonservative oder sonst wie bezeichnen, der Versuchung autoritär zu sein, unterliegen sie immer.

Mit einer offenen Gesellschaft und der Bereitschaft, für unsere Demokratie zu kämpfen, geben wir Feiertagen wie dem heutigen immer wieder neuen Sinn.

BILDSEITE:

Das Gedenken an die Opfer für ein freies Österreich vereint alljährlich am 26. Oktober auch zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu einer ernsthaften Reflexion zu menschenrechtlichen Grundsätzen und zur demokratischen Geschichte des Landes. 2003 unter anderem anwesend: Dr. Valentin Inzko (links oben), als Redner Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser (rechts oben) und Bundeskanzler a.D. Dr. Franz Vranitzky (rechts unten).

